Antisemitische Fälle können künftig bundesweit gemeldet werden

16. Januar 2019



Vom „dummen Spruch“ bis hin zur Gewalt. Von Leticia Witte, Berlin (KNA).



JoshMB/Pixabay

Dumme Sprüche, Beleidigungen, Drohungen, Gewalt: Wer als Opfer oder Zeuge einen antisemitischen Übergriff erlebt, kann die Tat künftig auch einer bundesweiten Meldestelle mitteilen. Von Februar an nimmt der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS) in Berlin seine Arbeit auf. Er solle das „wahre Ausmaß des Antisemitismus sichtbarer“ machen, heißt es. Aufgenommen würden Vorfälle auch dann, wenn keine Straftat begangen wurde.

Meldungen sind über ein Online-Formular, per E-Mail oder telefonisch möglich. Das Ziel soll sein, eine bundesweite Meldestruktur aufzubauen. Die Verantwortlichen betonen, dass bei Meldungen immer eine Kontaktmöglichkeit für Rückfragen bestehen müsse. Bei jedem gemeldeten Vorfall werde ein „akribischer Verifizierungsprozess“ in Gang gesetzt – und in die Statistik würden schließlich nur verifizierte Vorfälle aufgenommen.

Eine bundesweite Meldestruktur hatte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, schon kurz nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 2018 angekündigt. Im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) sagte er seinerzeit: „Es soll eine zivilgesellschaftliche Organisation – ein Bundesverband – sein, die mit Polizei und jüdischen Gemeinden zusammenarbeitet.“ Und: „Antisemitismus ist – ob von links, rechts oder muslimisch – immer gefährlich. Zunächst möchte ich daher herausfinden, wo Antisemitismus in welcher Form auftritt.“ Klein ist Schirmherr der neuen bundesweiten Meldestelle.

Denn die offiziellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden von Experten mitunter als fehlerhaft bezeichnet. So begehen Rechtsextremisten der PKS zufolge mehr als 90 Prozent aller antisemitischen Straftaten. Ein Problem ist, dass Delikte, bei denen kein Täter ermittelt werden kann, unter „Rechtsextremismus“ eingruppiert werden. Daher bemängeln Kritiker, antisemitische Vorfälle mit muslimischem Hintergrund würden oft nicht ausreichend erfasst. Jüdische Verbände weisen auf eine hohe Zahl von Vorfällen hin, die nicht strafbar sind – auch sie würden nicht erfasst.

Die PKS für 2017 weist jedenfalls 1.504 antisemitische Straftaten aus, eine Steigerung um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zum ersten Mal seien auch die „importierten antisemitischen Straftaten“ wieder angestiegen, auf niedrigem Niveau, so Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU).

Der neue Bundesverband soll in diesem Jahr zunächst mit Mitteln des Antisemitismusbeauftragten, der beim Bundesinnenministerium angesiedelt ist, gefördert werden. Ziel ist den Angaben zufolge, ab dem Jahr 2020 durch das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums gefördert zu werden. „Wir dürfen die Bekämpfung des Antisemitismus nicht den Juden überlassen in diesem Land“, hatte Klein im Dezember gesagt.

Opfer antisemitischer Vorfälle sollen nach dem Vorbild der bereits bestehenden Berliner RIAS-Stelle auf Landesebene künftig auch in anderen Bundesländern direkt vor Ort unterstützt werden. Solche Einrichtungen werden in Bayern und Brandenburg bereits dieses Jahr ihre Arbeit aufnehmen. In weiteren Bundesländern ist man offenbar mit potenziellen Trägern in guten Gesprächen: BadenWürttemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die Meldestellen sollen mit jüdischen Gemeinschaften kooperieren und Bürger über Antisemitismus aufklären.

Nach Einschätzung des Geschäftsführers des Zentralrats der Juden in Deutschland, Daniel Botmann, kann die Meldestelle künftig Auskunft über die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland geben. Oft heiße es, antisemitische Übergriffe nähmen zu. Das festzustellen sei allerdings schwierig, weil solche Vorfälle bisher nicht systematisch erfasst würden. Botmann, der auch im Vorstand des Bundesverbandes sein wird, betont, Übergriffe auf Juden seien ein Problem für die ganze Gesellschaft. Denn: „Jeder Antisemit hat ein Problem mit unserer Demokratie und unserer Gesellschaft.“

(KNA – tklll-89-00090)
Foto: JoshMB/Pixabay

Stand: 13. November 2026